

## Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,  
ich begrüße Euch zur 273. Montagsdemonstration!**



*Irene kurz vor Ihrer Eröffnungsrede zur 273. Montagsdemo!*

### Die Kommunen und kein Geld!

Die Finanzsituation in den Kommunen hat in einem großen Teil dramatische Züge angenommen. Mit Sachzwängen Sparlisten und sogenannten Konsolidierungsmaßnahmen wird der Bevölkerung klar gemacht, dass die Kürzungen notwendig sind.

Die Abwälzung der Lasten der tiefsten Welt- und Finanzkrise des Kapitalismus auf die Staatshaushalte hat eine neue Qualität der Krise in den kommunalen Haushalten zur Folge.

Auch die Stadt Rheinfelden hat sich für 2010 mit 3,3 Mill. neu verschuldet.

Die Reserven sind aufgebraucht. Die Kindergartenbeiträge wurden für alle Familien erhöht. Für sozial schwächer gestellte soll es später eine gestaffelte Erhöhung der Kindergartenpreise geben.

Für das geschlossene Kaffee in dem sich Jugendliche getroffen haben, gibt es keine Alternative. Da die Jugendkriminalität steigt soll es jetzt einen Streetworker eingesetzt werden.

Die Planung des ganzjährigen Schwimmbads durch die Beraterfirma PPP Public Private Partnership entwickelte sich zu einem Fass ohne Boden. Mrd. sollen bezahlt werden nur für die Planung von etwas das doch nicht gebaut wurde. Freiburg zog 2009 die Reisleine da die Sache finanziell aus dem Ruder lief. Jetzt wird vom Schwimmbad vor allem die Technik repariert. So wie es aussieht können die sanitären Anlagen nicht einmal in Ordnung gebracht werden, da kein Geld da ist.

Alle Kommunen egal was und wo gebaut wird überall werden sogenannte Beraterfirmen heran gezogen, welche die Kommunen und Städte regelrecht abzocken.

Insgesamt haben die kommunale Haushalte ein Rekorddefizit von 12 Mrd. € und zusätzliche kurzfristige Kassenkredit von rund 33,8 Mrd. € werden erwartet. Unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung wird für 2011/ 2013 keine wesentliche Besserungen erwartet.

Der Hauptgrund dafür sind der Rückgang der Gewerbesteuer um 7,1 Mrd. € und ein weiterer Anstieg der Sozialausgaben auf mittlerweile rund 42 Mrd. € durch die wachsende Arbeitslosigkeit und Armut.

In NRW sind ein Drittel der Kommunen Nothaushalte.

Erste Städte wie Haagen oder Essen stehen vor der Situation dass sämtliche Gebäude Straßen, öffentliche Einrichtungen de facto in das Eigentum von Banken und Finanz Spekulanten über gehen. Mit Mrd. Beiträge werden die Kommunen in NRW derzeit zur Finanzierung der West LB herangezogen.

Es gibt viele Beispiele wie das Aufzeigen wie die Kommunen zum Dienstleister für die internationale Monopole degradiert sind.

**Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!**

*Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz*

## Rheinfelder Montagsdemo



Den Städten wird diktiert keine Auzubi mehr einzustellen oder zu übernehmen. Das Drangsalieren der Städte geht soweit dass ihnen gedroht wird wenn sie die Haushaltsauflagen nicht um setzen sie von der Auflösung bedroht sind. (§ 122 und 125 NRW Gemeindeordnung).

An solchen Beispiele wird deutlich wie weit die kommunale Selbstverwaltung geht. Alles Vorspiegelung falscher Tatsachen. Das Gerede vom Sparen soll lediglich verschleiern dass das wachsenden Nationale Einkommen zugunsten der Monopole um verteilt wird.

In den Letzten Wochen hat sich in mehreren Städten Widerstand entwickelt.

10 März demonstrierten 6 000 vor dem **Dresdner** Landtag gegen Kürzungen im Jugendbereich  
**In Solingen** protestierten 400 bis 500 Menschen gegen den städtischen Haushalt der die Schließung der städtischen Bäder, Festhallen und zweier Schulen. Gegen die Streichung im öffentlichen Nahverkehr und den Verkauf von Grünflächen.

250 Fußballfans protestierten gegen den beabsichtigten Abriss der Station und den Verkauf der Fläche.  
**In Wuppertal** organisierten Schauspieler eine Protestaktion mit 5000 Teilnehmern gegen die Kürzungen im Kulturbereich.

Das ist die richtige Antwort auf die Kommunalen Kürzungen. Ich denke dass dieser kommunalen Widerstandes sich überparteilich kämpferisch und Bundesweit koordinieren, zusammenschließen und sich mit betrieblichen Kämpfen sowie den soziale Bewegungen wie Montagsdemo verbinden muss.

**Sofortige Aussetzung der Schuldentilgung und Zinszahlungen für die Gemeinden**

***Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!***

*Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz*